

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

**Kurz kommentiert: Exporte - Ölpreise - Wohnungsbau -  
Italien - Entwicklungspolitik**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1981) : Kurz kommentiert: Exporte - Ölpreise - Wohnungsbau - Italien - Entwicklungspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 6, pp. 265-266

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135564>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

## Exporte

### Vorteile durch Realabwertung

---

Die kräftige Zunahme der Ausfuhren in den ersten Monaten dieses Jahres hat Hoffnungen auf einen neuen „Exportboom“ geweckt. Das Ausmaß des Anstiegs von Auslandsorders und Ausfuhren ist in der Tat beachtlich, selbst wenn man berücksichtigt, daß dabei wohl auch das Vorziehen von Käufen – in Erwartung einer Umkehr in der Wechselkursentwicklung – eine Rolle gespielt hat. Denn in den meisten Industrieländern war die konjunkturelle Grundtendenz nach wie vor abwärts gerichtet; der Abschwung hat sich dort lediglich abgeflacht.

Eine wesentliche Ursache des kräftigen Exportanstiegs liegt in der – unter Stabilitätsgesichtspunkten durchaus unerwünschten – Schwäche der D-Mark. Sie verbesserte, bei zudem noch anhaltendem Inflationsgefälle gegenüber dem Ausland, die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter gegenüber ausländischen Konkurrenten auf den In- und Auslandsmärkten beträchtlich. Ausschlaggebend für die relativ schnelle Auswirkung auf den Export waren sicherlich das Ausmaß und die Kürze des Zeitraums, in dem sich die Realabwertung vollzog.

Die internationale Wettbewerbsposition der deutschen Exporteure wird vorerst günstig bleiben. Zwar dürften sich wegen des anhaltenden Inflationsgefälles zum Ausland im späteren Jahresverlauf allmählich wieder Aufwertungserwartungen für die D-Mark herausbilden und einen Umschwung in der Wechselkursentwicklung einleiten. Sinkende Zinsen im Ausland und eine mit der Stärkung der D-Mark einhergehende Tendenz zur Verringerung des Leistungsbilanzdefizits werden diesen Prozeß stützen. Insgesamt dürfte vorerst aber nur ein kleiner Teil der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit wieder aufgehoben werden. ew

---

## Ölpreise

### Trügerische Ruhe

---

Infolge des weltweiten Überangebots wurden auf der Genfer OPEC-Konferenz die Einfrierung der Rohölpreise bis Ende des Jahres und eine Produktionskürzung

um 10 % beschlossen. Dadurch dürfte sich die Marktlage jedoch kaum wesentlich verändern, weil Saudi-Arabien sich nicht an diesen Beschluß halten will.

Die Förder- und Preispolitik Saudi-Arabiens ist aber allenfalls kurzfristig geeignet, die Volkswirtschaften der Verbraucherländer zu schonen. Langfristig gesehen verhindert sie eindeutige Preissignale für eine rechtzeitige Anpassung an die Ölverknappung. Zudem müßte spätestens der iranisch-irakische Konflikt deutlich gemacht haben, wie trügerisch die Ruhe an der Ölpreisfront auch auf kurze Sicht sein kann.

Die westlichen Industrieländer haben sich bisher – wohl nicht zuletzt infolge der saudi-arabischen Politik – nicht zu einem konsequenten Vorgehen durchringen können. Ihre Abhängigkeit von den Ölimporten ließe sich wesentlich vermindern, wenn teure heimische Energiequellen und -technologien rentabel würden. Zu diesem Zweck würde es sich anbieten, entweder zügige, dafür möglichst vorhersehbare und schrittweise Ölpreiserhöhungen anzustreben oder aufeinander abgestimmte, sukzessiv schärfer werdende nationale Importbeschränkungen einzuführen. Die gegenwärtig verfolgten Strategien bieten keinen ausreichenden Schutz vor einer neuen Krise. mm

---

## Wohnungsbau

### Zweifel an den Wirkungen

---

Die Bundesregierung hat eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die dem seit Jahren darniederliegenden Mietwohnungsbau neue Impulse geben und insbesondere in den Ballungszentren Probleme abbauen sollen. Es muß jedoch bezweifelt werden, daß das Programm geeignet ist, die gewünschten Effekte zu erzielen.

Weder die Beseitigung der Steuervergünstigung für „unechte“ Zweifamilienhäuser, so sehr sie aus Gerechtigkeitsgründen auch zu begrüßen sein mag, noch die Verbesserung der 7b-Abschreibungen für Familien mit drei und mehr Kindern werden zu einer Vergrößerung des Wohnraumangebotes führen. Es ist kaum zu erwarten, daß weiterhin aus steuerlichen Gründen so viele Einfamilienhäuser mit Einliegerwohnungen gebaut werden, wenn diese auch tatsächlich vermietet werden müssen. Zum anderen dürfte der zusätzliche

Anreiz bei den derzeitigen Bau- und Finanzierungskosten kaum ausreichen, um kinderreichen Familien, die nicht ohnehin gebaut hätten, den Bau eines Einfamilienhauses zu ermöglichen.

Auch der durchaus in die richtige Richtung zielende Versuch, mit einer Fehlbelegungsabgabe die skandalösen Fehlbelegungen im sozialen Wohnungsbau zu beseitigen, dürfte wegen der viel zu niedrigen Sätze von vornherein zum Scheitern verurteilt sein: Weder werden die Zahlungspflichtigen ihre preisgünstigen Wohnungen freimachen, noch werden die Einnahmen ausreichen, um in nennenswertem Umfang neue Sozialwohnungen zu fördern.

Schließlich ist es der Regierung auch nicht gelungen, sich auf einen erfolgversprechenden Weg zur Verbesserung des Investitionsklimas im Mietwohnungsbau zu einigen. Zwar wurde auch hier mit der Möglichkeit der Einführung von Staffelmietverträgen und einer Vereinfachung des Verfahrens für Mieterhöhungen ein Schritt in die richtige Richtung getan, doch dürfte die Beschränkung auf Neubauten und auf zehn Jahre die Wirksamkeit dieser Maßnahme begrenzen. Durch eine Verbesserung der degressiven Abschreibung ließe sich sicher eine größere Wirkung erzielen. wei

---

## Italien

---

### Importdepot als Notbremse

---

Mit der Einführung eines Importdepots am 28. Mai dieses Jahres hat die Banca d'Italia angesichts der bisher wenig erfolgreichen Stabilisierungspolitik die Notbremse gezogen. Von der verfügbaren zinslosen Festlegung von 30 % des Einfuhrwertes aller Waren (außer Öl und Getreide) und Dienstleistungen für drei Monate wird vor allem erwartet, daß die spekulativ vorgezogenen Importe zurückgehen, der Druck auf den Lira-Kurs abnimmt und die starken Devisenabflüsse der letzten Zeit zum Stillstand kommen.

Gegen diese Importrestriktion lassen sich erhebliche Einwände vorbringen. So kann die Verteuerung und Verknappung der Importe die Inflation weiter anheizen, und es kann zu Vorleistungsengpässen in der Industrie kommen. Der offensichtliche Verstoß gegen die Grundsätze einer liberalen Handelspolitik ist zwar durch Art. 109 des EWG-Vertrages gedeckt, muß aber wegen der allgemein zunehmenden Neigung zum Protektionismus bedenklich stimmen.

Andererseits fällt es schwer, der italienischen Notenbank eine andere Empfehlung zu geben. Wegen der

negativen Erfahrungen mit den Abwertungs-Inflations-Spiralen der jüngeren Vergangenheit muß auch eine weitere Lira-Abwertung als problematisch angesehen werden, und die zweifellos notwendige Lösung grundlegender Probleme wie der Lohnindexierung und des Staatsdefizits ist angesichts der politischen Situation Italiens nicht von heute auf morgen möglich. Damit das Importdepot die gewünschte Wirkung erzielt und die Abwertungserwartungen umgekehrt oder zumindest abgeschwächt werden, müssen aber wenigstens Ansätze zu einer dauerhaften Lösung der Stabilitätsprobleme erkennbar werden. la

---

## Entwicklungspolitik

---

### Langfristig denken

---

Anläßlich ihrer Berliner Tagung äußerten Mitglieder der „Brandt-Kommission“ herbe Enttäuschung über die bisherigen Reaktionen auf ihren vor einem Jahr abgelieferten Bericht. Tatsächlich hat sich das politische Umfeld seit dem hoffnungsvollen Beginn ihrer Arbeit im Dezember 1977 grundlegend geändert: Der neue Präsident der Vereinigten Staaten ist angetreten, durch Aufrüstung und Stärkedemonstrationen die amerikanischen Bürger das Iran- und Vietnam-Debakel vergessen zu machen. In den übrigen Industrieländern sehen sich die Politiker unter der Bürde schwerer Haushaltsdefizite gezwungen, den Bürgern Kürzungen des sozialen Netzes verständlich zu machen. Ein Anstieg der Entwicklungshilfeleistungen scheint in diesem Kontext kaum durchsetzbar. Werden Kürzungen vermieden, wird dies bereits als Erfolg gefeiert.

Erfolgreiche Entwicklungspolitik ist jedoch immer auch eine langfristige Politik. Dann aber dürften, gerade wenn man – wie in letzter Zeit häufiger geschehen – die Inhalte der laufenden Entwicklungspolitik in Zweifel zieht, die anstehenden Probleme nicht unter den Teppich gekehrt werden. Sicher müssen Probleme, z. B. das ungebremste Bevölkerungswachstum, der entwicklungshemmende Einfluß korrupter Eliten und manch andere interne Hindernisse, von den betroffenen Ländern selbst gelöst und überwunden werden. Es ist aber nicht damit getan – wie Bundeskanzler Schmidt jüngst in Berlin den Eindruck vermittelte – die Schuld an der Entwicklungsmisere allein bei den Ländern der Dritten Welt und insbesondere bei den OPEC-Staaten zu suchen. Das Nachdenken über langfristige Lösungen darf schon im Interesse des Weltfriedens nicht über den tagespolitischen Gegebenheiten vergessen werden. scha